



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wiebke Enwaldt, H.W. Dohna,
Alexander Scharz, Ursula Kleimeier

z. K. Beate Voskamp, Stefan Klessen

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden 50
Raum 4 100

Tel: (030) 227 – 73750

Fax: (030) 227 – 76250

E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin

(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)

Tel: (030) 72 01 38 84

Fax: (030) 72 01 39 94

E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

www: www.mechthild-rawert.de

Berlin, 4. Juli 2008

Öffentliche Richtigstellung zum Artikel „Desinteresse der Politik erregt Verdruss!“ im BaumschützerInnen-Info vom 27.06.08

Liebe Wiebke Enwaldt, lieber H.W. Dohna,
lieber Alexander Scharz, liebe Ursula Kleimeier,

der Artikel „Desinteresse der Politik erregt Verdruss!“ enthält mannigfache Falschaussagen. Das Desinteresse AN Politik hat schon seit Monaten auch meinen Verdruss erregt. Als namentlich Benannte bitte ich um entsprechende Verbreitung und Veröffentlichung dieses Schreibens.

Die Unterstellung, kein Interesse am Mediationsverfahren „Zukunft Landwehrkanal“ zu haben, ist falsch.

Richtig ist:

Ich habe dafür Sorge getragen, dass es im Sommer 2007 zu einem gemeinsamen Gespräch der verschiedenen Interessensparteien gekommen ist. Dieses war die Voraussetzung dafür, dass das Mediationsverfahren überhaupt zu Stande gekommen ist. Mit großem Engagement und einer hohen Erwartung habe ich daher an der Auftaktveranstaltung zur Mediation teilgenommen. Zu meiner großen Überraschung und Ärger sind Politikerinnen und Politiker dann aber konsequent ausgeschlossen worden.

U. a. auf mein Drängen hin hat es Anfang Dezember 07 – allerdings erst nach der 1. Sitzung des Mediationsverfahrens – ein separates „PolitikerInnengespräch“ der MediatorInnen Beate Voskamp und Stefan Klessen mit uns gegeben. In diesem Gespräch habe ich mich vehement dafür eingesetzt, dass die Politik in das Mediationsverfahren eingebunden sein sollte, auch dass ich persönlich eingebunden werden möchte. Ich habe aus Sorge um den erfolgreichen Fortgang des Mediationsverfahrens „Zukunft Landwehrkanal“ nachdrücklich davor gewarnt, die Politik bewusst in Gänze auszuschließen. Bei dieser Forderung bin ich von allen anwesenden Mandatsträgern fraktions- und parteienübergreifend unterstützt worden – unabhängig davon, ob wir auf bezirklicher, auf Landes- oder Bundesebene tätig sind. Uns wurde aber von den „HerrInnen“ des Verfahrens, dem Mediatorenteam, sehr deutlich gemacht, dass weder unsere Anwesenheit noch unsere Teilhabe erwünscht ist.

Meine Vorbehalte gegen den Ausschluss von Politik aus dem Mediationsverfahren habe ich noch am gleichen Tage den Leitungskräften des WSA und des WSD gegenüber nachdrücklich kundgetan. Diese haben sich allerdings auf die Seite der MediatorInnen gestellt. Nichts anderes war letztlich zu erwarten, da das WSA Auftraggeber des Mediationsverfahrens ist.

Mehrere Monate Funktstille, keinerlei Kontaktaufnahme seitens der BI, seitens des Mediationsteams „zur Politik“, zu mir – obgleich alle Kontaktdaten bekannt sind.

Die Art und Weise der Termineinbestellung zum 25. Juni 2008 entspricht keiner Einladung sondern einer Ausladung. Bereits der „Einladungsverteiler“ macht deutlich, dass an einer sachgerechten Lösung kein Interesse besteht. Rückfragen nicht nur in meinem Büro haben weiterhin ergeben, dass es zu keinem Zeitpunkt auch nur den Ansatz eines Versuches gegeben hat, einen Termin zu finden, der es den vermeintlich Eingeladenen tatsächlich auch ermöglicht, teilzunehmen. Es ist perfide, Termine so zu legen, dass die „Eingeladenen“ grundsätzlich nicht teilnehmen können und sich anschließend über eine Nichtteilnahme zu beschweren. Die zeitgleich stattfindende Sitzungswoche u.a. des Deutschen Bundestages sind öffentlich bekannt und für die Abgeordneten mit Anwesenheitspflicht verbunden.

Fazit: Das gesamte Verfahren hat von Anfang an PolitikerInnen ausgeschlossen. Die Art und Weise der Termineinbestellung ist von vorneherein dazu angelegt gewesen, NICHT in den wortreich verkündeten Dialog eintreten zu wollen. Das ist kein konstruktiver Ansatz – aber damit wäre ich wieder bei meinen politischen Warnungen als auch persönlichem Bedauern vom Dezember 2007.

Ich war noch nie der Meinung, dass es ausreicht, politische Sachverhalte lediglich zu administrieren. Meine Haltung scheint sich auch in diesem Falle bestätigt zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Mechthild Rawert